

	174. Vollversammlung der AK Wien vom 11.11.2020
FSG	
Antrag Nr. 16	<i>Steuerpolitische Schieflage zulasten der ArbeitnehmerInnen beenden, für mehr Gerechtigkeit in der Krisenpolitik</i>
Annahme	Ausschuss Wirtschafts- und Finanzpolitikpolitik

Wegen der Covid-19-Krise sind die Steuerpläne der Bundesregierung ins Stocken geraten. Es ist aber anzunehmen, dass sie im Rahmen konjunkturpolitischer Erwägungen in absehbarer Zeit wiederaufgenommen werden. Die AK wird sich in der politischen Auseinandersetzung dafür einsetzen, dass die den ArbeitnehmerInnen im Regierungsprogramm versprochene Abgeltung der kalten Progression umgesetzt wird, von weiteren Unternehmerbegünstigungen aber Abstand genommen wird. Gleichzeitig wird sich die AK für eine gerechte Krisenfinanzierung durch Besteuerung großer Vermögen und Maßnahmen gegen die Steuerlücke einsetzen. Eine Krisenfinanzierung über Ökosteuern wäre ungerecht.